

6,6 Milliarden Euro an Klimaschäden? Der zweifelhafte PR-Coup der Bundesregierung

Welt, 18.07.2022, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus239985361/Folgen-des-Klimawandels-Der-zweifelhafte-PR-Coup-der-Bundesregierung.html>

Die Menschheit hat einen riskanten Klimawandel ausgelöst. Doch ein Anstieg von Wetterschäden aufgrund des Klimawandels lässt sich weltweit nicht feststellen

Mit einer eigens beauftragten Studie über Klimaschäden in Deutschland versucht die Bundesregierung, ihre horrenden Ausgaben für Klimaschutz zu rechtfertigen. Zwar hat die Menschheit einen riskanten Klimawandel ausgelöst. Dennoch erweist sich die Aussage der Studie als Taschenspielertrick.

Die Energiewende stockt, die Kosten dafür scheinen außer Kontrolle, und die Bundesregierung hat ein Klima-Ministerium geschaffen mit neuen Stellen und Abteilungen. Der Aufwand will gerechtfertigt werden. Die Regierung bedient sich einer Methode, mit der Versicherungen ihre Policen zu verkaufen pflegen: Sie suggeriert hohe Schäden, um sich zu legitimieren.

„Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland“ lautet eine Veröffentlichung, welche die Regierung am Montag vorgestellt hat. Seit 2000 seien aufgrund von Extremwetter in Deutschland jährlich im Schnitt „mindestens 6,6 Milliarden an Schäden entstanden“. „Die Klimakrise verursacht inzwischen auch bei uns in Deutschland enorme Schäden und Kosten“, behauptet Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne).

„Das zeigen uns die erschreckenden Daten der Wissenschaft überdeutlich“. Die Zahlen seien ein Alarmsignal. „Wir müssen und wir werden jetzt mehr in Klimaschutz und Klimaanpassung investieren, um unsere Bevölkerung besser zu schützen“.

Die Aktion erweist sich als Taschenspielertrick, doch der Plan ging auf: Medien übernahmen die Behauptungen. Die Deutsche Presseagentur verschickte eine Nachricht, die viele Medien aufgriffen: „Klimawandel kostet Deutschland jährlich 6,6 Milliarden Euro“. Ein PR-Coup der Regierung, auch WELT berichtete.

Ein Anstieg von Wetterschäden aufgrund des Klimawandels lässt sich weltweit nicht feststellen. Daten der Europäischen Umweltbehörde EEA zeigen auch keine Zunahme der Unwetter-Schäden in Europa in den vergangenen 30 Jahren – und das, obwohl sich die Wirtschaftsleistung in der Europäischen Union seither mehr als verdoppelt hat und entsprechend mehr Sachwerte in einem Unwetter zerstört werden könnten. In Deutschland betragen die ökonomischen Kosten für Unwetter seit 1980 laut EEA nicht mal ein Tausendstel der Wirtschaftsleistung.

Das Risiko für manche Arten von Extremwetter wird größer, für die meisten Arten aber konnte der UN-Klimarat bislang keine Zunahme dokumentieren. Dabei hat die Menschheit mit der Industrialisierung einen riskanten Klimawandel ausgelöst. Treibhausgase sorgen für eine globale Erwärmung, mit Folgen: Hitzewellen und Starkregen nehmen zu, Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt.

Weniger Auswirkungen als früher

In Europa übertreffen sich neue Temperaturrekorde. Die Sommerhitze 2003 forderte Zehntausende Todesopfer, verschärft wurde sie durch die globale Erwärmung. Auch Starkregen werde im Zuge des Klimawandels wahrscheinlicher in Europa, konstatiert der UN-Klimarat.

Mit Ausnahme von Hitzewellen jedoch zeitigen sämtliche Arten von Wetterkatastrophen global weniger Wirkung als früher. Ob Stürme, Fluten aller Art, Kälte oder Dürre – die Zahl der Toten im Verhältnis zur Bevölkerung, die von Wetterextremen betroffen waren, ging zurück, berichten Forscher im Fachmagazin „Global Environmental Change“.

Die positive Entwicklung ist geradezu sensationell: Weniger als ein Zehntel so viel Menschen kommen aufgrund von Extremwetter weltweit ums Leben als vor hundert Jahren – und das, obwohl sich die Weltbevölkerung seither fast vervierfacht hat. Das Risiko für Menschen, bei Extremwetter zu sterben, hat sich extrem verringert, auch in Europa.

Ob aus Wetterereignissen Katastrophen werden, hängt wesentlich von der Anfälligkeit von Siedlungen ab. Klimaforscher haben gerade in einem Aufsatz im Magazin „Communications Earth & Environment“ gemahnt, Katastrophen nicht einfach auf den Klimawandel zu schieben, weil Nachlässigkeit in der Katastrophenvorsorge einen großen Anteil hätte.

Nach dem Hitze-Desaster 2003 beispielsweise haben europäische Länder ihre Hitze-Vorkehrungen verbessert, weshalb ähnliche Hitzewellen in den 2010er-Jahren deutlich weniger Opfer forderten. In den USA geht die Zahl der Hitzeopfer seit Jahrzehnten zurück, trotz Erwärmung. Auch das Flutdesaster in Westdeutschland im vergangenen Jahr lässt sich mit mangelndem Katastrophenschutz erklären.

Unzuverlässige Statistiken

Um Auswirkungen von Wetterextremen vergleichen zu können, nutzen Wissenschaftler ökonomische Aufzeichnungen: Versicherungen ermitteln den Schaden bei Naturkatastrophen. Zwar sind die Kosten seit den 1980er-Jahren weltweit deutlich gestiegen. Doch der Anstieg lässt sich zum Teil mit der Geldentwertung begründen, der gleiche Schaden ist aufgrund von Inflation heutzutage deutlich teurer als früher.

Vor allem aber erklärt das Wachstum von Ortschaften, warum es mehr Wetterschäden gibt. Und: Vor der Jahrtausendwende sind Schadensstatistiken unzuverlässig, erklärt das Centre for Research on the Epidemiology of Disasters, auf deren Daten UN-Katastrophenberichte fußen.

Viele Naturkatastrophen seien nicht in die Berichte eingegangen, ein statistischer Anstieg der Schadenszahlen danach sei deshalb zu erwarten. Das Ergebnis wissenschaftlicher Erhebungen war stets das gleiche: Ein Einfluss des Klimawandels auf die Schäden durch Wetterkatastrophen lässt sich bislang nicht dokumentieren.

In Europa zeigen die Daten nicht einmal eine Zunahme der Anzahl von Wetterkatastrophen seit der Jahrtausendwende. Wollte die Regierung korrekt

informieren, müsste sie von höherem Risiko für bestimmte Unwetter aufgrund des Klimawandels warnen. Die Wetterschäden der vergangenen Jahre auf die Erwärmung zu schieben, widerspricht dem Stand der Wissenschaft.